

Lehment, Harmen

Working Paper — Digitized Version

Der Einfluß der Lohnpolitik auf Produktion, Beschäftigung und Preise in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 82

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Lehment, Harmen (1982) : Der Einfluß der Lohnpolitik auf Produktion, Beschäftigung und Preise in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 82, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/364>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Einfluß der Lohnpolitik auf Produktion, Beschäftigung und Preise in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973

von Harmen Lehment

AUS DEM INHALT

- Die Entwicklung des nominalen Bruttosozialprodukts in den Jahren 1973–1981 steht in engem Zusammenhang mit der von der Deutschen Bundesbank gesteuerten Expansion der Zentralbankgeldmenge.
- Die Lohnpolitik hat einen erheblichen Einfluß darauf, ob der von der Bundesbank bereitgestellte Rahmen für den Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts durch Preissteigerungen aufgezehrt oder für eine Mengenkonjunktur genutzt wird.
- Fällt der Anstieg der Nominallöhne bei sonst gleichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen um einen Prozentpunkt niedriger aus, so führt dies nach den hier vorgelegten Untersuchungsergebnissen dazu, daß
 - die Preise der im Inland erstellten Güter und Leistungen um rund 0,8 vH weniger steigen und
 - die Beschäftigtenzahl sich innerhalb von drei Jahren um rund 175.000 erhöht.Belege für die These, daß lohnpolitische Zurückhaltung zu einem Nachfrageausfall führt, finden sich nicht.
- Da Nominallohnzurückhaltung
 - den inländischen Preisauftrieb stark bremst,
 - geringere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erforderlich macht und
 - zusätzliche produktivitätssteigernde Investitionen ermöglicht,bestehen gute Aussichten, daß sich ein niedriger Anstieg der Tariflöhne mittelfristig in höheren realen Nettolöhnen niederschlägt.

Der Einfluß der Lohnpolitik auf Produktion, Beschäftigung und Preise in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973

Die geldpolitische Autonomie, die die Deutsche Bundesbank mit der weitgehenden Freigabe des D-Mark-Kurses im Frühjahr 1973 erlangte, ermöglichte eine stabilitätspolitische Neuorientierung, bei der neben der Geldpolitik vor allem der Lohnpolitik eine Schlüsselrolle zukommt¹.

Mit der Kontrolle über die Geldmengenentwicklung ist die Bundesbank in der Lage, den Zuwachs der monetären Gesamtnachfrage maßgeblich zu beeinflussen. Die Entwicklung seit 1973 zeigt einen engen Zusammenhang zwischen dem Geldmengenzuwachs und der Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts [Lehment 1981].

Ob der von der Bundesbank zur Verfügung gestellte Nachfragerahmen für eine Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivität genutzt oder durch Preissteigerungen aufgezehrt wird, hängt entscheidend von der Lohnpolitik ab. In diesem Beitrag soll abgeschätzt werden, wie sich die Höhe der Tariflohnabschlüsse im Zeitraum 1973-1981 auf Produktion, Beschäftigung und Preise ausgewirkt hat; dabei wird die Zunahme der monetären Gesamtnachfrage zunächst als eine vorgegebene Größe angesehen. In einem zweiten Schritt prüfen wir dann, welchen Einfluß Änderungen der Lohnzuwachsrate in dem genannten Zeitraum auf den Zuwachs der monetären Gesamtnachfrage gehabt haben. Abschließend erörtern wir die aus den Untersuchungsergebnissen resultierenden Perspektiven für die künftige Lohnpolitik.

Löhne und Produktion

Aus der ökonomischen Theorie des Güterangebots läßt sich für Löhne, monetäre Gesamtnachfrage und Auslastung des Produktionspotentials die folgende Beziehung ableiten:

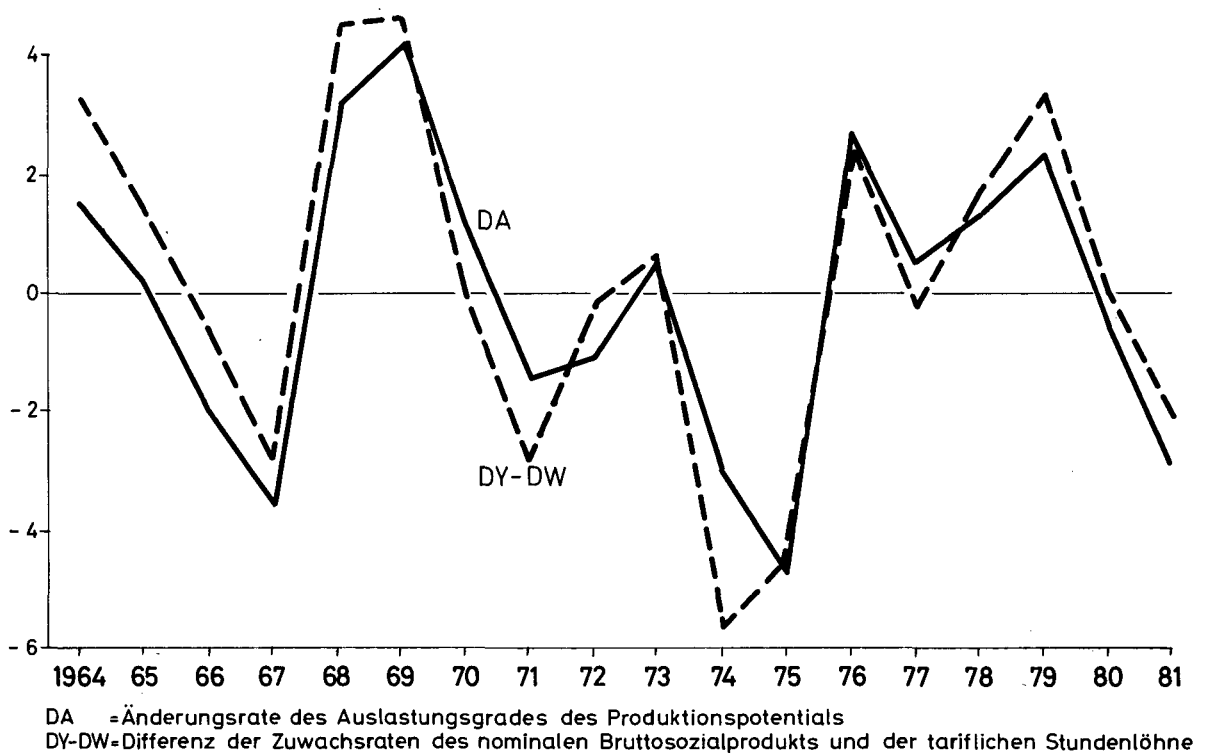
Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials nimmt zu (ab), wenn die Lohnsätze weniger stark (stärker) steigen als die monetäre Gesamtnachfrage².

¹ Zu einer Diskussion der wirtschaftspolitischen Rollenverteilung nach der Freigabe der Wechselkurse vgl. Giersch [1976, S. 284 f.].

² Zur mathematischen Ableitung dieses Zusammenhangs vgl. Anhang A.

Einen ersten Hinweis darauf, daß dieser Satz für die Erklärung der konjunkturellen Entwicklung in der Bundesrepublik auch empirisch relevant ist, gibt das Schaubild 1.

Schaubild 1 - Nominales Bruttosozialprodukt, Tariflöhne und Auslastungsgrad des Produktionspotentials



Quelle: Für Grundzahlen vgl. Anhang C.

Wie man der Graphik entnehmen kann, zeigt sich im Zeitraum 1964-1981 ein stark paralleler Verlauf zwischen den Änderungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials (DA) und der Differenz zwischen der Zunahme des nominalen Sozialprodukts und dem Anstieg der tariflichen Stundenlöhne (DY-DW). Dies gilt sowohl für die Rezessionsphasen 1966/67, 1971/72, 1974/75, 1980/81 als auch für die Aufschwungsperioden 1964/65, 1968-1970, 1973 und 1976-1979.

Eine Schätzung des quantitativen Zusammenhangs zwischen den beiden Größen DA und DY-DW für den Zeitraum 1973-1981 lieferte das folgende Resultat (Gleichung I in Anhang B):

Steigt die monetäre Gesamtnachfrage zusätzlich um 1 vH oder vermindert sich der Tariflohnanstieg um 1 vH, so verbessert sich der Auslastungsgrad des Produktionspotentials unter sonst gleichen Bedingungen im Durchschnitt um ca. 0,8 vH.

Bei gegebener Entwicklung des Produktionspotentials ist dies gleichbedeutend mit der Aussage, daß das reale Bruttosozialprodukt um durchschnittlich rund 0,8 vH stärker zunimmt, als es sonst der Fall gewesen wäre. Darüber hinaus zeigt eine Schätzung für die Jahre 1964-1972 (Gleichung II in Anhang B), daß der Einfluß von Nachfrage- und Lohnsatzänderungen auf den gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrad in der Periode nach 1973 ähnlich stark war wie in dem vorangegangenen Zeitraum und insoweit als relativ stabil angesehen werden kann¹.

Löhne und Beschäftigung

Die vorangegangenen Schätzungen zeigten, daß sich der Auslastungsgrad um rund 0,8 vH verbessert, wenn die Tariflöhne bei gegebener monetärer Gesamtnachfrage um 1 vH weniger stark steigen. Als nächstes soll untersucht werden, wie sich eine Verbesserung des Auslastungsgrads auf die Beschäftigung auswirkt.

Der Versuch, die Änderungsrate der Beschäftigtenzahl im Zeitraum 1973-1981 mit den Änderungen des Auslastungsgrads im jeweils laufenden Jahr und - um möglichen Verzögerungen Rechnung zu tragen - in den beiden vorangegangenen Jahren zu erklären, liefert das folgende Ergebnis (Gleichung III in Anhang B):

Verbessert sich der Auslastungsgrad um 1 vH, so steigt die Beschäftigung innerhalb von drei Jahren im Durchschnitt um ebenfalls rund 1 vH; dabei wird gut die Hälfte des Beschäftigungseffekts noch im gleichen Jahr wirksam, der restliche

¹ Der - statistisch allerdings nur schwach gesicherte - negative Wert für das absolute Glied der Schätzgleichung II läßt sich mit der in den Jahren 1964-1972 zu beobachtenden trendmäßigen Zunahme der Beschäftigtenzahl erklären (vgl. Anhang A); in diesen Jahren stieg die Beschäftigung jährlich im Schnitt um 0,6 vH; von 1972 bis 1981 blieb die Beschäftigtenzahl dagegen nahezu unverändert. Allerdings wird die Aussagekraft von Gleichung II durch den auf eine positive Autokorrelation der Residuen hinweisenden niedrigen Durbin-Watson-Wert beeinträchtigt. Ein möglicher Grund für die Autokorrelation könnte darin liegen, daß sich die trendmäßige Änderung der Beschäftigung in den Jahren 1964-1972 nicht mit einer konstanten Rate vollzog, sondern vor allem auf die zweite Hälfte dieses Zeitraums entfiel, der unter anderem durch einen starken Zustrom von ausländischen Arbeitskräften gekennzeichnet war.

Beschäftigungsanstieg verteilt sich im Verhältnis von rund 2 : 1 auf die nächsten beiden Jahre¹.

Faßt man die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen zusammen, so gelangt man zu dem Resultat, daß ein Minderanstieg der Tariflöhne um einen Prozentpunkt bei gegebener monetärer Gesamtnachfrage innerhalb von drei Jahren zu einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um durchschnittlich rund 0,8 vH führt; bezogen auf einen Beschäftigtenstand von ca. 22 Millionen in 1981 entspricht dies etwa 175 000 Arbeitsplätzen.

Diese Zahl reflektiert im übrigen lediglich den konjunkturellen Effekt einer lohnpolitischen Zurückhaltung. Nicht berücksichtigt sind längerfristige Beschäftigungseffekte, die sich daraus ergeben, daß ein geringerer Anstieg der Löhne tendenziell zu einer stärker arbeitsintensiven Produktionsweise führt und im Inland zusätzliche Investitionen rentabel macht, die sich auf längere Sicht in einem Anstieg des Produktionspotentials niederschlagen.

Löhne und Preise

Steigt das reale Sozialprodukt bei einem um einen Prozentpunkt niedrigeren Nominallohnzuwachs im Durchschnitt um zusätzliche 0,8 vH, so bedeutet dies bei gegebenem Zuwachs des nominalen Sozialprodukts gleichzeitig, daß das Preisniveau der im Inland erzeugten Güter und Leistungen (Deflator des Sozialprodukts) durchschnittlich um 0,8 vH weniger stark steigt, als es sonst der Fall gewesen wäre².

¹ Der niedrige Durbin-Watson-Wert läßt auch bei Gleichung III auf eine positive Autokorrelation der Residuen schließen. Angesichts der geringen Zahl von Freiheitsgraden wurde aber auf den Versuch verzichtet, die Autokorrelation durch die Aufnahme zusätzlicher Variablen zu reduzieren.

² Die Annahme, daß der Zuwachs des nominalen Sozialprodukts von der Tariflohnentwicklung nicht berührt wird, überprüfen wir im nächsten Abschnitt. Bei der Interpretation des Resultats, daß sich Nominallohnänderungen relativ stark und schnell im BSP-Deflator niederschlagen, ist zu berücksichtigen, daß das Bruttozialprodukt zum weit überwiegenden Teil aus Arbeitsleistungen besteht.

Bezogen auf die Preise inländischer Güter und Leistungen beträgt die Reallohnminderung, die aus einer einprozentigen Nominallohnminderung resultiert, nach den hier vorgenommenen Berechnungen somit im Durchschnitt lediglich 0,2 vH¹.

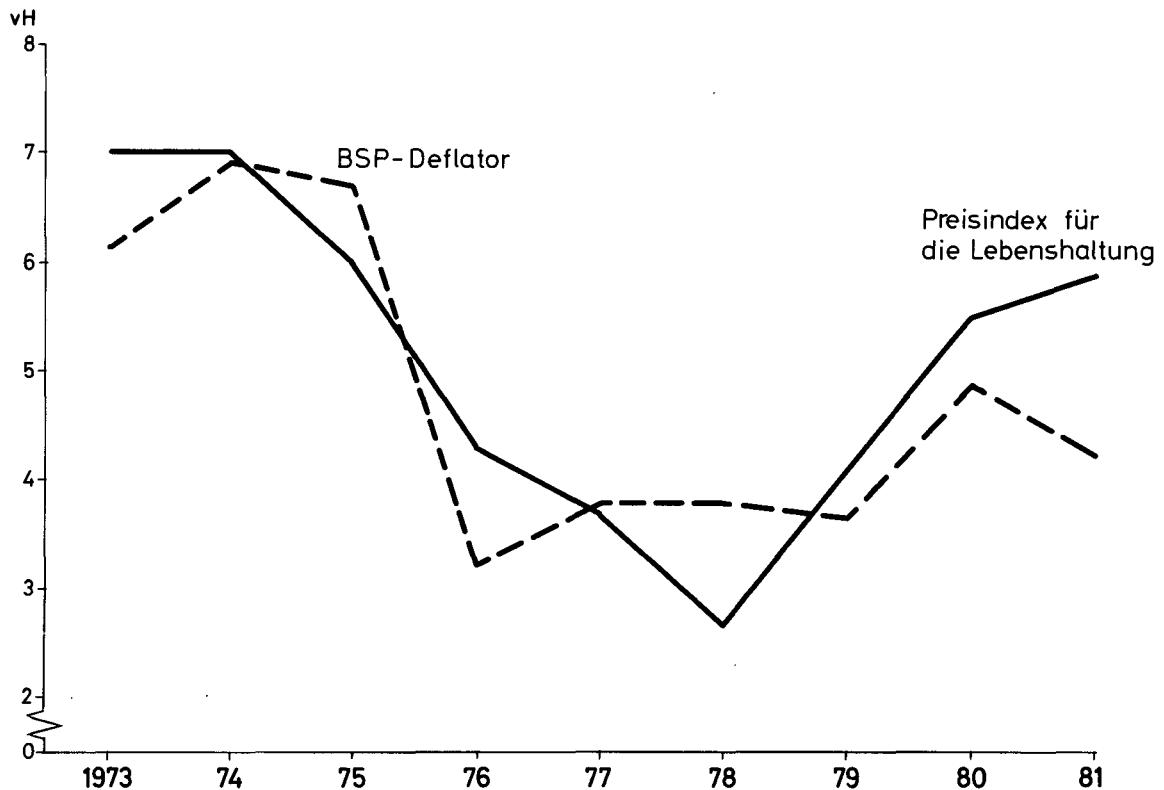
In der öffentlichen Diskussion der Reallohnentwicklung wird statt des BSP-Deflators in der Regel der Konsumentenpreisindex herangezogen. Schaubild 2 zeigt, daß sich die beiden Preisindizes zwischen 1973 und 1981 längerfristig relativ ähnlich entwickelt haben. Kurzfristig ergeben sich in den einzelnen Jahren Abweichungen bis zu knapp unter 2 vH, die zu einem großen Teil durch die Entwicklung der Terms of Trade erklärt werden können; so erhöhte sich der Konsumentenpreisindex in Phasen einer Verbesserung der bundesdeutschen Terms of Trade (1975, 1978) weniger stark als der BSP-Deflator, während in Perioden sich verschlechternder Terms of Trade (1973/74, 1976, 1979-1981) eine entgegengesetzte Entwicklung zu beobachten war. Will man eine Aussage darüber machen, wie sich eine Nominallohnzurückhaltung auf die Konsumentenpreise auswirkt, so ist es mithin wichtig, auch den Effekt lohnpolitischer Maßnahmen auf die Terms of Trade zu berücksichtigen.

Eine relative Verteuerung der Importgüter kann sich aus dem konjunkturbelebenden Effekt einer zurückhaltenden Lohnpolitik ergeben. Denn der aus geringeren Lohn-

¹ Das implizite Resultat dieser Untersuchung, demzufolge ein Anstieg des Auslastungsgrads mit einem dazu vergleichsweise geringen Reallohnrückgang - relativ zum trendmäßigen Produktivitätszuwachs - verbunden ist, steht im Einklang mit der Entwicklung, die für die Rezessionsjahre 1974/75 und den daran anschließenden Aufschwung zu beobachten ist. So war der knapp achtprozentige Rückgang des Auslastungsgrads 1974/75 von einem Reallohnanstieg begleitet, der um rund 2 vH über dem trendmäßigen Produktivitätszuwachs lag; dieser Wert beruht dabei auf der Annahme, daß der Produktivitätstrend in den Jahren 1973-1981 angesichts eines trendmäßig etwa konstanten Beschäftigungsgrads dem vom Sachverständigenrat geschätzten Anstieg des Produktionspotentials entspricht. Bei der ebenfalls knapp achtprozentigen Verbesserung des Auslastungsgrads in den Jahren 1976-1979 blieb der Reallohnanstieg insgesamt um weniger als 0,5 vH hinter dem trendmäßigen Produktivitätszuwachs zurück. Angesichts dieses Ergebnisses sollte man betonen, daß es sich bei den quantitativen Größen der hier vorgelegten Schätzungen um Durchschnittswerte handelt, von denen Abweichungen in die eine oder andere Richtung möglich sind, so daß Aussagen über die quantitative Beziehung zwischen Reallohn und Auslastungsgrad mit entsprechenden Unsicherheiten belastet sind. Entsprechendes gilt für den Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung. Die implizite Aussage der hier vorgelegten Untersuchung, nach der ein geringerer Reallohnanstieg mittelfristig einen zusätzlichen Anstieg der Beschäftigung nach sich zieht, steht im Einklang mit den Ergebnissen neuerer Untersuchungen über die Beziehung zwischen Reallohn und Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland [Kirkpatrick, 1982; Roth, 1982]; allerdings sind die quantitativen Aussagen dieser Untersuchungen wegen der unterschiedlichen Fragestellung mit den Ergebnissen der hier durchgeführten Untersuchung nur begrenzt vergleichbar.

und Preissteigerungen bei gegebener monetärer Gesamtnachfrage resultierende Zuwachs an realer Kaufkraft schlägt sich nicht nur in einer realen Mehrnachfrage nach Inlandsgütern, sondern zum Teil auch in einer Mehrnachfrage nach Auslandsprodukten nieder.

Schaubild 2 - BSP-Deflator und Preisindex für die Lebenshaltung (Zuwachsraten in vH)



Quelle: Vgl. Anhang C

Diese Mehrnachfrage führt - da die Lohnzurückhaltung im eigenen Land die Angebotsbedingungen im Ausland grundsätzlich nicht berührt - dazu, daß die Preise der ausländischen Güter tendenziell stärker steigen als die der inländischen Produkte¹. Besonders zu nennen ist dabei die relative Verteuerung der importierten Rohstoffe einschließlich des Mineralöls, deren Preise wegen der kurzfristig weitgehend festgelegten Angebotsmengen auf Nachfrageänderungen überdurchschnittlich stark reagieren.

¹ Zu einer modelltheoretischen Analyse dieses Zusammenhangs vgl. Roth [1976, S. 213 f.] und Lehment [1980, S. 43 f.].

Während der konjunkturelle Belegungseffekt, der von einer Nominallohnzurückhaltung ausgeht, tendenziell zu einer Verschlechterung der Terms of Trade führt, kann der von der Lohnzurückhaltung ausstrahlende Vertrauenseffekt in bezug auf die wirtschaftliche Stabilität und Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik in Richtung auf eine Verbesserung der Terms of Trade wirken.

Dieser Vertrauenseffekt läßt sich wie folgt skizzieren:

Steigt infolge zurückhaltender Lohnabschlüsse die Attraktivität von D-Mark-Anlagen, so werden heimische und ausländische Investoren versuchen, ihre Mittel verstärkt in der Bundesrepublik anzulegen. Dadurch kommt es zu einer Aufwertungstendenz für die D-Mark und zu einem Druck auf das Zinsniveau in der Bundesrepublik - eine Entwicklung, wie sie beispielsweise 1978 zu beobachten war. Die Aufwertungstendenz der D-Mark bremst den Anstieg der Importpreise; sie trägt dadurch zu einer geringeren Zunahme der privaten Lebenshaltungskosten und einem entsprechend stärkeren Zuwachs der auf der Basis von Konsumentenpreisen berechneten Reallöhne bei. Außerdem führt der Vertrauenseffekt zu einer Änderung der Nachfragestruktur: Die reale Aufwertung dämpft die Nachfrage nach inländischen Produkten, während die ebenfalls durch den Vertrauenszuwachs hervorgerufene Zinssenkung zu einem Nachfragezuwachs führt. Per saldo ergibt sich dabei eine Nachfrageverschiebung von Gütern des internationalen Sektors zu Produkten des Binnensektors (wie beispielsweise Bauleistungen)¹.

¹ In der wirtschaftspolitischen Diskussion der Jahre 1977/78 wurde verschiedentlich argumentiert, daß eine lohnpolitische Zurückhaltung deswegen keine positiven Produktions- und Beschäftigungseffekte habe, weil sie zu einer Aufwertung der eigenen Währung führe, die möglicherweise prozentual stärker ausfalle als die Lohnzurückhaltung, so daß sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Wirtschaft nicht verbessere, sondern sich sogar verschlechtern könne (eine zusammenfassende Übersicht über diese Diskussion gibt Mertens [1978]). Begründen ließe sich eine aus lohnpolitischer Zurückhaltung resultierende überproportionale Aufwertung mit dem hier skizzierten Vertrauenseffekt, über dessen tatsächliches Gewicht allerdings bislang keine verlässlichen empirischen Anhaltspunkte vorliegen. Stellt man auf den Vertrauenseffekt ab, so ist jedoch der Schluß, daß Nominallohnzurückhaltung wegen der sich ergebenden überproportionalen Aufwertung nicht zu einem Produktionsanstieg führt, unzulässig. Ein vollständiges Bild ergibt sich nämlich nur, wenn auch der von dem lohnpolitisch bedingten Vertrauenszuwachs ausgehende Zinssenkungseffekt berücksichtigt wird. Je ausgeprägter die Bedeutung des Vertrauenseffekts ist, desto stärker vollzieht sich der aus lohnpolitischer Zurückhaltung resultierende Anstieg der realen Nachfrage über einen Zinsrückgang statt über eine Verbesserung der internationalen Preiswettbewerbsfähigkeit.

Da der Konjunktoreffekt und der Vertrauenseffekt der Lohnpolitik die Terms of Trade in gegenläufiger Weise beeinflussen und hinsichtlich ihrer relativen Stärke kaum hinreichend genau abgeschätzt werden können, läßt sich keine eindeutige Aussage darüber machen, ob der Konsumentenpreisanstieg durch lohnpolitische Zurückhaltung stärker oder weniger stark gebremst wird als der Zuwachs der Preise für die im Inland erstellten Güter und Leistungen¹.

Stellt man statt auf die realen Bruttolöhne auf die realen Nettolöhne ab, so ist zusätzlich zu berücksichtigen, daß der nach unseren Berechnungen aus einer einprozentigen Nominallohnzurückhaltung resultierende Anstieg der Beschäftigtenzahl um mittelfristig rund 175 000 eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um schätzungsweise rund 0,5 Prozentpunkte ermöglicht (oder eine sonst anstehende Beitragserhöhung erübrigt)². Wird dieser Entlastungseffekt zu dem Ent-

¹ In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß neben der Lohnpolitik auch andere Faktoren einen gewichtigen Einfluß auf die Terms of Trade haben. Ein Beispiel dafür, daß eine annähernd gleiche Tariflohnentwicklung mit einer relativ stark differierenden Importpreis- und Konsumentenpreisentwicklung verbunden sein kann, liefert ein Vergleich der Jahre 1978 und 1981. Während die jahresdurchschnittliche Zunahme der tariflichen Stundenlöhne (5,7 bzw. 5,6 vH) und des BSP-Deflators (3,8 bzw. 4,1 vH) in beiden Jahren relativ nahe beieinanderliegen, zeigen die Zuwachsraten der Konsumentenpreise mit 2,7 bzw. 5,9 vH eine deutliche Differenz, die in erster Linie mit der unterschiedlichen Wechselkurs- und Importpreisentwicklung erklärt werden kann. So kam es 1978 - offensichtlich nicht zuletzt wegen einer verbreiteten internationalen Abkehr von Dollaranlagen (Carter-Malus) - zu einer deutlichen DM-Aufwertung, die sich in einem Rückgang der Importpreise und einem entsprechend geringen Anstieg der Konsumentenpreise niederschlug. 1981 war dagegen eine entgegengesetzte Entwicklung zu beobachten: Die Vereinigten Staaten wurden als Anlageland attraktiver (Reagan-Bonus), während die Bundesrepublik aufgrund verschiedener Faktoren - zu denen man unter anderem die negative Bewertung des hohen Leistungsbilanzdefizits und die starke Zunahme der öffentlichen Verschuldung rechnen kann [vgl. Huß, Lehment, 1981, S. 211 ff.] - an Attraktivität verlor. Dies trug dazu bei, daß sich die bundesdeutschen Terms of Trade 1981 deutlich verschlechterten und die Lebenshaltungskosten wegen der starken Importpreiserhöhungen erheblich stärker zunahmen als die Preise der im Inland erstellten Güter und Leistungen.

² Dieser Wert ergibt sich aus der folgenden Überlegung: Steigt die Beschäftigtenzahl um 175 000, so kann der damit einhergehende Rückgang der Arbeitslosenzahl mit rund 150 000 angesetzt werden, wenn man berücksichtigt, daß ein Teil der zusätzlich Beschäftigten vorher nicht arbeitslos gemeldet war. Eine Verringerung der Arbeitslosenzahl um 150 000 vermindert die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit um rund 3 Mrd. DM (die Ausgaben der Bundesanstalt je gemeldeten Arbeitslosen betragen 1981 ca. 22 000 DM). Bei Beitragseinnahmen der Arbeitslosenversicherung 1982 von wahrscheinlich 24 Mrd. DM und einem Beitragssatz von 4 vH entsprechen 3 Mrd. einem Beitragssatz von 0,5 vH. Werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um diesen Satz verringert, so schlagen sich davon die dem Arbeitnehmeranteil entsprechenden 0,25 vH in einem direkten Anstieg der Nettolöhne nieder; die dem Arbeitgeberanteil entsprechenden 0,25 vH können in Form einer zusätzlichen Lohnerhöhung weitergegeben werden, ohne daß es dadurch für die Unternehmen zu einer höheren Gesamtkostenbelastung kommt.

lastungseffekt von 0,8 vH hinzugerechnet, der aus dem geringeren Preisanstieg für inländische Güter und Leistungen resultiert, so findet man damit einen zusätzlichen Anhaltspunkt für die Vermutung, daß eine Zurückhaltung bei den Nominallöhnen auf mittlere Sicht nicht zu einem Rückgang der realen Nettolöhne, sondern sogar zu einem realen Nettolohnzuwachs führen könnte [Sachverständigenrat, 1980/81, TZ. 34+]¹

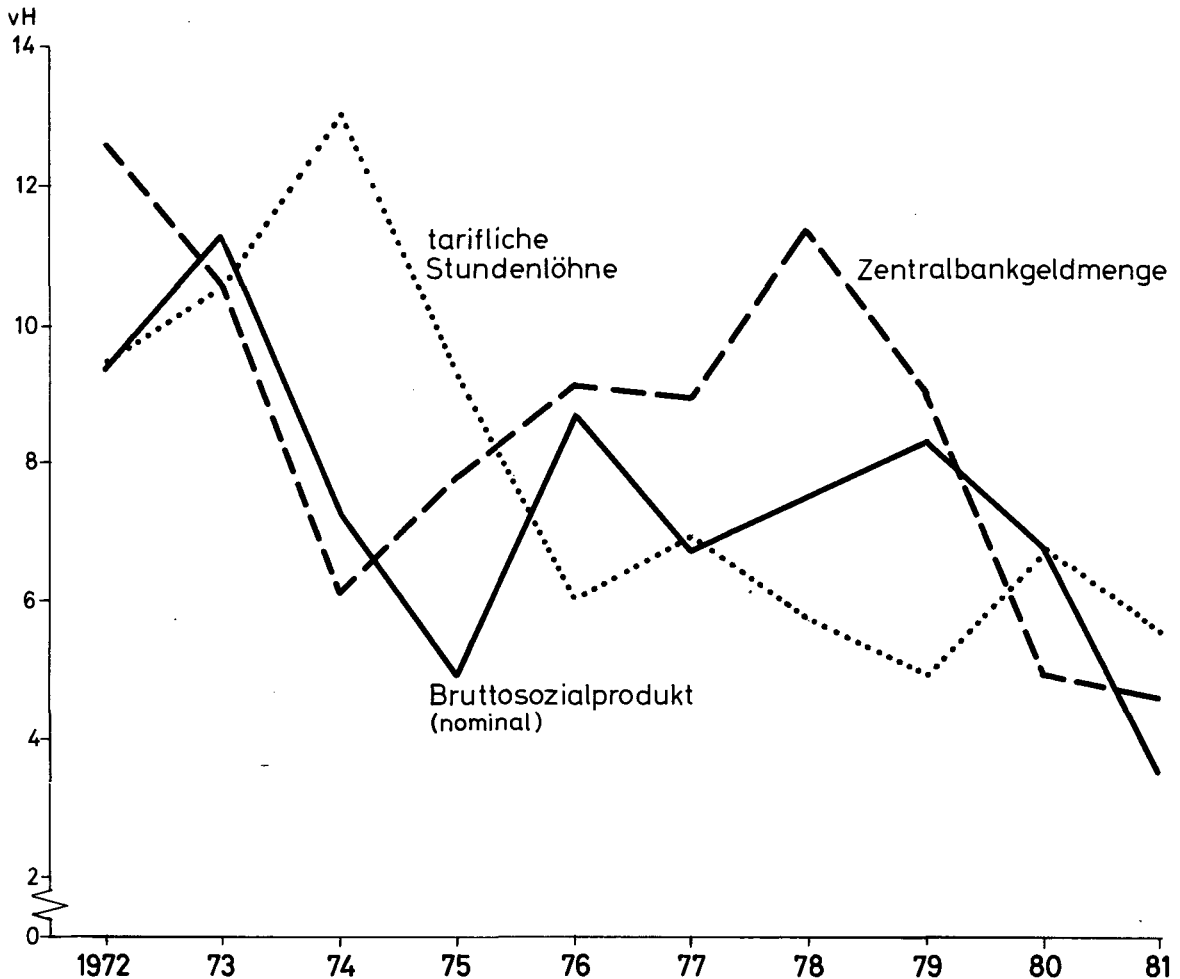
Löhne und Nachfrage

Bislang haben wir unterstellt, daß die Entwicklung der monetären Gesamtnachfrage maßgeblich von der Geldpolitik der Bundesbank abhängt und durch die Höhe der Tariflohnabschlüsse nicht berührt wird. Als nächstes soll geprüft werden, ob diese Annahme angesichts der seit 1973 zu beobachtenden Entwicklung aufrechterhalten werden kann.

Betrachtet man die im Schaubild 3 dargestellten Zuwachsraten der Zentralbankgeldmenge und des nominalen Bruttosozialprodukts, so zeigt sich ein relativ enger Zusammenhang derart, daß das nominale Bruttosozialprodukt der Entwicklung der Zentralbankgeldmenge in der Regel mit einer zeitlichen Verzögerung von einem Jahr folgt. Eine Ausnahme bilden die Jahre 1976-1978, in denen ein weitgehend paralleler Verlauf ohne zeitliche Verschiebungen zu beobachten ist. Dies deutet darauf hin, daß die Entwicklung der monetären Gesamtnachfrage außer durch die Geldmengenentwicklung des Vorjahres unter anderem auch durch die Geldmengenentwicklung des laufenden Jahres beeinflußt wird. Insgesamt liegen die Zuwachsraten des nominalen Bruttosozialprodukts in dem betrachteten Zeitraum unter der Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge; dies läßt auf einen rückläufigen Trend für die Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge schließen.

¹ Darüber hinaus zahlen sich zurückhaltende Tariflohnabschlüsse für die Beschäftigten auch dadurch aus, daß die vorhandenen Arbeitsplätze sicherer werden und daß sich - wegen des auf mittlere Sicht größeren und attraktiveren Arbeitsplatzangebots - die Chancen für einen beruflichen Aufstieg und einen damit verbundenen Realeinkommenszuwachs verbessern.

Schaubild 3 - Zentralbankgeldmenge, nominales Bruttosozialprodukt und tarifliche Stundenlöhne (Zuwachsraten in vH)



Quelle: Vgl. Anhang C

Die Hypothese, daß Abweichungen zwischen der Zuwachsrate des nominalen Sozialprodukts (DY) und der Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge des Vorjahres (DZ_{-1}) erklärt werden können durch

- eine trendmäßige Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit und
- eine von der Entwicklung im Vorjahr abweichende Zunahme der Zentralbankgeldmenge im laufenden Jahr,

läßt sich anhand einer empirischen Schätzung für die Jahre 1973-1981 überprü-

fen. Dabei zeigt sich das folgende Ergebnis (Gleichung IV in Anlage B):

- der trendmäßige jährliche Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit liegt bei etwa 1,4 vH;
- ein Anstieg (Rückgang) der Geldmengenwachstumsrate gegenüber dem Vorjahr schlägt sich im Durchschnitt zu etwa einem Drittel in einer höheren (geringeren) Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts nieder.

Vergleicht man die auf der Basis dieser Beziehung geschätzten Werte für die Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts mit den tatsächlichen Werten (Tabelle 1), so ergibt sich lediglich für 1976 eine Abweichung um mehr als einen Prozentpunkt. Im Durchschnitt liegt die Differenz zwischen geschätztem und tatsächlichem Wert bei lediglich 0,78 Prozentpunkten (oder rund einem Zehntel der durchschnittlichen Änderung des nominalen Bruttosozialprodukts im Zeitraum 1973-1981).

Vergleicht man die Zuwachsraten des nominalen Sozialprodukts und der tariflichen Stundenlöhne (Schaubild 3), so zeigt sich, daß die Tariflöhne der Sozialproduktentwicklung in der Regel mit einer zeitlichen Verzögerung von einem

Tabelle 1 - Tatsächliche und anhand der Zentralbankgeldmengenentwicklung geschätzte Zuwachsraten des nominalen Bruttosozialprodukts 1973-1981.

Jahr	Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts (vH)		Differenz
	tatsächlich	geschätzt ^a	
1973	11,3	10,5	0,8
1974	7,3	7,7	-0,4
1975	4,9	5,3	-0,4
1976	8,7	6,7	1,8
1977	6,7	7,7	-1,0
1978	7,5	8,3	-0,9
1979	8,3	9,2	-0,9
1980	6,7	6,3	0,4
1981	3,8	3,3	0,5
1973-1981	7,2	7,2	0,78 ^b

^aDer Schätzwert wird berechnet als $1,41 + \text{DZ}_{-1} + 0,34 (\text{DZ} - \text{DZ}_{-1})$. -
^bAbsoluter Periodendurchschnitt.

Quelle: Für Grundzahlen vgl. Anhang C.

Jahr folgen. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Lohnpolitik - anders als die Geldpolitik - nicht als maßgeblicher Bestimmungsfaktor für die monetäre Gesamtnachfrage angesehen werden. Dies schließt allerdings nicht aus, daß Tariflohnänderungen als zusätzlicher Einflußfaktor neben der Geldpolitik wirksam werden. So könnte man beispielsweise die These aufstellen, daß eine Verringerung der Lohnzuwachsrate gegenüber dem Vorjahr dazu führt, daß das nominale Sozialprodukt weniger stark steigt, als es von der Geldmengenentwicklung her zu erwarten gewesen wäre.

Überprüft man diese These, indem man die Veränderung der Lohnzuwachsrate als zusätzliche erklärende Variable in die Gleichung (IV) aufnimmt, so zeigt sich allerdings keine Verbesserung des Schätzergebnisses; das gleiche gilt, wenn man die Lohnzuwachsrate des laufenden und des vorangegangenen Jahres getrennt in die Schätzgleichung aufnimmt. Ein direkter Einfluß der Lohnpolitik auf die Zunahme der monetären Gesamtnachfrage im Zeitraum seit 1973 ist somit nicht festzustellen¹.

Das Fehlen eines direkten Einflusses der Lohnpolitik schließt allerdings nicht aus, daß die Höhe der Tariflohnabschlüsse einen indirekten Effekt auf die Entwicklung der monetären Gesamtnachfrage hat. Ein solcher indirekter Einfluß besteht dann, wenn die Bundesbank - wie es derzeit der Fall ist - die Stärke der monetären Expansion unter anderem davon abhängig macht, wie sich der inländische Preis- und Kostenauftrieb entwickelt [Deutsche Bundesbank, 1980, S. 33]. Besteht eine solche Konditionierung der Geldpolitik, so führt eine zusätzliche Zurückhaltung bei den Tarifabschlüssen, die den Preis- und Kostenauftrieb bremst, tendenziell dazu, daß die Zentralbankgeldmenge stärker zunimmt, als es sonst geschehen wäre². In diesem Fall hätten geringe Nominallohnabschlüsse somit indirekt einen expansiven Effekt auf die monetäre Gesamtnachfrage, der allerdings erst mit den der Geldpolitik eigenen zeitlichen Verzögerungen wirksam wird³. Die produktions- und beschäftigungssteigernde Wirkung einer Nominallohnzurückhaltung würde damit insgesamt stärker ausfallen als bei einer von der Höhe der Lohnabschlüsse unabhängigen Geldpolitik; die dämpfende Wirkung auf die Preisentwicklung würde durch die zusätzliche Geldmengenausweitung hingegen abgeschwächt. Über die Stärke dieser von der Lohnpolitik ausgehenden indirekten Nachfrageeffekte läßt sich allerdings

¹ Das Ergebnis der hier durchgeführten Untersuchung, die auf einer Analyse der jahresdurchschnittlichen Entwicklung beruht, schließt nicht aus, daß innerhalb kürzerer Beobachtungsräume - etwa Quartalen - ein vorübergehender Einfluß der Lohnpolitik auf die monetäre Gesamtnachfrage auftritt.

² In der wirtschaftspolitischen Diskussion ist der von der Deutschen Bundesbank gewählte Kurs, der die Höhe der Geldmengenexpansion außer von der Entwicklung der inländischen Preis- und Kostenentwicklung auch von der Wechselkurs- und Leistungsbilanzentwicklung abhängig macht, umstritten. Zu einer Diskussion des Pro und Kontra vgl. die Gutachten des Sachverständigenrats [1981, TZ 34-44] und der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute [1981, S. 17 f.]

³ Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß sich eine geldpolitische Lockerung in der Regel erst nach einiger Zeit in einer entsprechenden Zunahme der Zentralbankgeldmenge niederschlägt [vgl. Matthes, 1981, S. 396].

keine genaue Aussage machen; die von der Bundesbank vorgegebene Bandbreite von derzeit 3 Prozentpunkten für die Expansionsrate der Zentralbankgeldmenge zeigt allerdings, daß der über die Geldpolitik laufende Einfluß der Lohnpolitik auf die monetäre Gesamtnachfrage erheblich sein kann.

Perspektiven für die künftige Lohnpolitik

Die Entwicklung in den Jahren 1973-1981 zeigt, daß die Zuwachsrates des nominalen Bruttosozialprodukts in engem Zusammenhang mit der von der Deutschen Bundesbank gesteuerten Zentralbankgeldmenge steht. Ein darüber hinaus gehender Einfluß der Lohnpolitik ist - jedenfalls bei der Betrachtung der jahresdurchschnittlichen Entwicklung - nicht erkennbar. Belege für die These, daß lohnpolitische Zurückhaltung zu einem Nachfrageausfall führt, finden sich nicht. Angesichts der von der Deutschen Bundesbank derzeit angekündigten geldpolitischen Strategie, die die monetäre Expansion unter anderem von der inländischen Kostenentwicklung abhängig macht, gilt eher ein gegenteiliger Zusammenhang: Je zurückhaltender die Lohnabschlüsse ausfallen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit für eine stärkere Expansion der Geldmenge und damit der monetären Gesamtnachfrage.

Die Lohnpolitik beeinflußt die Entwicklung von Produktion, Beschäftigung und Preisen durch den Effekt, den sie auf die Aufteilung des nominalen Sozialprodukts in Preis- und Mengengrößen hat. Ein geringerer Anstieg der Tariflöhne führt nach den hier vorgelegten Untersuchungsergebnissen dazu, daß

- die Preiskomponente des Bruttosozialprodukts weniger stark zunimmt und
- der von der Bundesbank ermöglichte Zuwachs der monetären Gesamtnachfrage sich verstärkt in einer Mengenkonjunktur und einem Anstieg der Beschäftigung niederschlägt.

Das Ergebnis, daß Tariflohnzurückhaltung im Untersuchungszeitraum einen stark preisdämpfenden Effekt hat und mittelfristig einen erheblichen Beschäftigungsanstieg nach sich zieht - der sich in eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung umsetzen ließe -, liefert einen zusätzlichen Anhaltspunkt für die Vermutung, daß Zurückhaltung bei den Nominallöhnen auf mittlere Sicht durchaus höhere reale Nettolöhne bedeuten könnte.

Die Aussagefähigkeit der quantitativen Resultate der hier vorgelegten Untersuchungen ist insofern vorsichtig einzuschätzen, als

- die Ergebnisse auf relativ kurzen Beobachtungsreihen basieren;
- die Schätzgleichungen zum Teil nicht frei von Autokorrelation der Residuen sind;
- ein für die Vergangenheit festgestellter Zusammenhang nur unter Vorbehalt für die Prognose künftiger Entwicklungen herangezogen werden kann.

Anhang

A. Ableitung der Schätzgleichung

Der in der Gleichung (I) geschätzte Zusammenhang läßt sich aus einer gesamtwirtschaftlichen Angebotsfunktion der folgenden Art ableiten:

$$(1) \quad Dy - D\bar{y} = a [D\pi - (DW - DP)]$$

mit

- Dy = Zuwachsrates des realen Bruttosozialprodukts
- $D\bar{y}$ = Zuwachsrates des Produktionspotentials
- $D\pi$ = Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität (Trend)
- DW = Zuwachsrates der Nominallohnsätze
- DP = Zuwachsrates des BSP-Deflators

Gleichung (1) besagt, daß der Auslastungsgrad des Produktionspotentials ($Dy - D\bar{y}$) sich verbessert, wenn der Anstieg der Reallöhne ($DW - DP$) hinter dem trendmäßigen Zuwachs der Arbeitsproduktivität zurückbleibt und vice versa¹. Der Anstieg des Produktionspotentials setzt sich zusammen aus der trendmäßigen Änderung der Arbeitsproduktivität und der trendmäßigen Änderung der Beschäftigtenzahl ($D\bar{B}$)²:

$$(2) \quad D\bar{y} \equiv D\pi + D\bar{B}$$

Löst man (2) nach $D\pi$ auf und setzt den entsprechenden Ausdruck in (1) ein, so erhält man:

¹ Neben Lohnsatzänderungen lassen sich in Gleichung (1) auch Änderungen anderer inländischer Kostengrößen berücksichtigen, wie Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Kapitalkosten und der Kosteneffekt von indirekten Steuern und Subventionen. Allerdings führt die zusätzliche Aufnahme der vom Sachverständigenrat [1981/82, Tab. 15] berechneten Werte für die Änderung dieser Kostenfaktoren in die Schätzgleichung (I) nicht zu einer Verbesserung des Schätzergebnisses. Erhalten bleibt auch bei der erweiterten Schätzung das zentrale Resultat, daß Tariflohnänderungen um einen Prozentpunkt unter sonst gleichen Bedingungen (gegebene Entwicklung der monetären Gesamtnachfrage und der anderen Kostenfaktoren) zu einer entgegengerichteten Änderung der Kapazitätsauslastung um ca. 0,8 vH führten.

² Abweichungen, die sich daraus ergeben, daß die prozentuale Änderung einer Größe in der Regel nicht genau gleich der Summe der prozentualen Änderungen ihrer Komponenten ist, bleiben hier im folgenden der einfacheren Darstellung halber unberücksichtigt.

$$(3) \quad Dy - D\bar{y} = a \left[(D\bar{y} - D\bar{B}) - (DW - DP) \right]$$

Für die Änderung des nominalen Bruttosozialprodukts (DY) gilt definitionsgemäß:

$$(4) \quad DY \equiv Dy + DP$$

Löst man (4) nach DP auf und setzt den entsprechenden Ausdruck (DY - Dy) in (3) ein, so erhält man:

$$(5) \quad Dy - D\bar{y} = a \left[(D\bar{y} - D\bar{B}) - (DW - DY + Dy) \right]$$

und durch Umformen dieser Gleichung:

$$(6) \quad Dy - D\bar{y} = -b D\bar{B} + b (DY - DW) \quad b = a/(1 + a)$$

Ersetzt man $Dy - D\bar{y}$ durch den Ausdruck DA und nimmt man an, daß sich die trendmäßige Änderung der Beschäftigung mit einer konstanten Rate \bar{c} vollzieht, so erhält man die der Schätzung (I) zugrundeliegende Gleichung:

$$(7) \quad DA = c + b (DY - DW) \quad c = -b\bar{c}$$

B. Übersicht über die Schätzgleichungen

Nr.	Zeitraum	Schätzgleichung	Statistische Prüfmaße		
			\bar{R}^2	S. E.	D. W.
I	1973-1981	$DA = -0,01 + 0,78 (DY-DW)$ (0,03) (7,33)*	0,87	0,93	2,33
II	1964-1972	$DA = -0,44 + 0,82 (DY-DW)$ (1,15) (6,06)*	0,82	1,09	0,74
III	1973-1981	$DB = 0,11 + 0,56 DA + 0,32 DA_{-1} + 0,18 DA_{-2}$ (0,70) (8,51)* (4,85)* (2,60) ^o	0,93	0,46	1,52
IV	1973-1981	$DY-DZ_{-1} = -1,41 + 0,34 (DZ-DZ_{-1})$ (3,88)* (2,37) ^o	0,37	1,02	2,20

\bar{R}^2 = korrigiertes Bestimmtheitsmaß; S. E. = Standardfehler der Regression; D. W. = Durbin-Watson-Koeffizienten. - In Klammern unter den erklärenden Variablen die t-Test-Werte.. - Mit * bzw. ^o gekennzeichnete Koeffizienten sind statistisch gesichert bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 vH bzw. 5 vH.

C. Verwendete Daten (Zuwachsraten in vH)

Jahr	Produktions- potential	Bruttosozialprodukt		Tarifliche Stundenlöhne (Gesamtwirtschaft)	Deflator des Bruttosozial- produkts	Preisindex für die Lebenshaltung	Beschäftigte Arbeitnehmer	Zentralbank- geldmenge
		real	nominal					
	1	2	3	4	5	6	7	8
1964	5,0	6,6	9,8	6,5
1965	5,3	5,5	9,2	7,7
1966	4,5	2,5	6,4	7,0
1967	3,5	-0,1	1,3	4,1
1968	3,3	6,5	8,4	3,9
1969	3,7	7,9	11,7	7,1
1970	4,7	5,9	13,6	13,6
1971	4,7	3,3	11,3	14,1
1972	4,8	3,7	9,4	9,5	.	.	.	12,6
1973	4,3	4,9	11,3	10,6	6,1	7,0	0,6	10,6
1974	3,4	0,4	7,3	13,0	6,9	7,0	-1,8	6,1
1975	2,9	-1,8	4,9	9,3	6,7	6,0	-3,6	7,8
1976	2,5	5,3	8,7	6,0	3,2	4,3	-0,5	9,2
1977	2,2	2,8	6,7	6,9	3,8	3,7	0,3	9,0
1978	2,2	3,6	7,5	5,7	3,8	2,7	1,2	11,4
1979	2,0	4,4	8,3	4,9	3,7	4,1	1,8	9,1
1980	2,3	1,8	6,7	6,7	4,9	5,5	1,3	4,9
1981	2,1	-0,3	3,8	5,6	4,1	5,9	-1,0 ^a	4,5

^aSchätzung des Sachverständigenrats [1981/82, Tabelle 32].

Quelle: Spalte 1: Sachverständigenrat [1980/81, Tab. 31; 1981/82, Tab. 29]; Spalten 2 bis 8: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, verschiedene Ausgaben.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1981. München, 23. Oktober 1981.
- Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für 1980. Frankfurt/M.
 --, Monatsberichte, Frankfurt/M., versch. Jgg.
- Giersch, Herbert, "Episoden und Lehren der Globalsteuerung". In: Heiko Körner, Peter Meyer-Dohm, Egon Tuchtfeldt, Christian Uhlig (Hrsg.), Wirtschaftspolitik - Wissenschaft und Politische Aufgabe. Festschrift für Karl Schiller, Bern, 1976, S. 227-296.
- Huß, Hans-Joachim, Harmen Lehment, "Die außenwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren". Außenwirtschaft, Vol. 36, Zürich 1981, H. 3, S. 207-218.
- Kirkpatrick, Grant, "Real Factor Prices and German Manufacturing Employment: A Time Series Analysis 1960:1 - 1979:4". Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. 118, Tübingen, März 1982.
- Lehment, Harmen, Devisenmarktinterventionen bei flexiblen Wechselkursen. Die Politik des Managed Floating. Kieler Studien, 162, Tübingen 1980.
 --, Zur Neuorientierung der staatlichen Schuldenpolitik. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 79, Kiel, September 1981.
- Matthes, Heinrich, "Geldpolitik und Außenwirtschaft". In: Gottfried Bombach, Bernhard Gahlen, Alfred E. Ott (Hrsg.), Zur Theorie und Politik internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Schriftenreihe des Wirtschaftswissenschaftlichen Seminars Ottobeuren, Vol. 10, Tübingen 1981, S. 383-415.
- Mertens, Dieter, "Lohntarif und Arbeitslosigkeit. Plädoyer für eine Denkpause". Konjunkturpolitik, Vol. 24, Berlin 1978, H. 2, S. 71-92.
- Roth, Jürgen, Der internationale Konjunkturzusammenhang bei flexiblen Wechselkursen: Eine modelltheoretische Analyse. Kieler Studien, 135, Tübingen 1976.
 --, Mehr Beschäftigung durch Reallohnzurückhaltung? - Empirische Aspekte. Kieler Diskussionsbeiträge, Kiel 1982, in Vorbereitung.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1980/81, Stuttgart.
 --, Jahresgutachten 1981/82, Stuttgart.
 --, Sondergutachten 1981, Stuttgart.